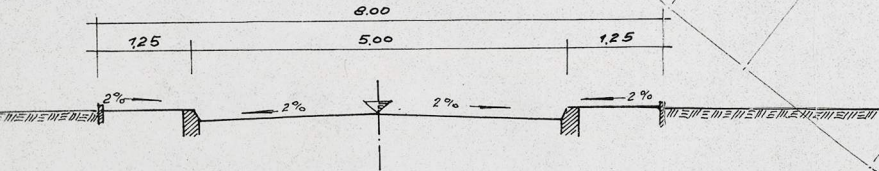
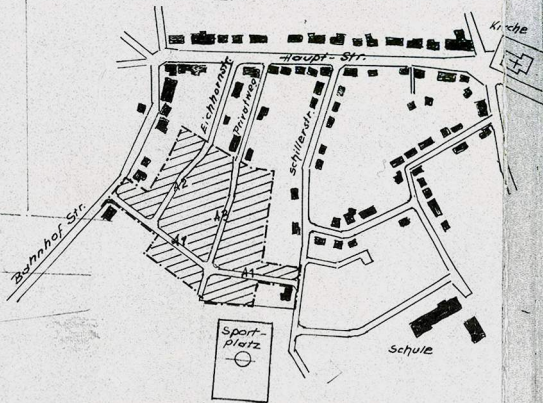


Regelprofil A1, A2 u. A3  
M. 1:50

547  
1  
ZIMMER ERNST EHEM



//  
Übersichtsplan  
M. 1:5000





..// SCHULWEG IM STAUDEN //.....

der Gemeinde

..... HÜTTERS DORF .....

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. S. 341) gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom ..Jl. Jvll. 1988..... beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde HÜTTERS DORF.. durch den Landrat - Kreisbauamt - Planungsstelle .  
ES GILT DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG 1968  
BG BL I S. 1237

Festsetzungen gemäss § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich	..... SIEHE ZEICHNUNG .....
2. Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	..... ALLGEMEINES WOHNGEBIET .....
2.1.1 zulässige Anlagen	..... SIEHE § 4 (2) BAU.NVO ..... *
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	..... SIEHE § 4 (3) 2 u. 5 BAU.NVO ..... F .....
2.2 Baugebiet	..... ENTFÄLLT .....
2.2.1 zulässige Anlagen	..... ENTFÄLLT .....
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	..... ENTFÄLLT .....
3. Mass der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	..... SIEHE ZEICHNUNG .....
3.2 Grundflächenzahl	..... SIEHE ZEICHNUNG .....
3.3 Geschossflächenzahl	..... SIEHE ZEICHNUNG .....
3.4 Baumassenzahl	..... ENTFÄLLT .....
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	..... ENTFÄLLT .....
4. Bauweise	..... OFFENE .....
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	..... SIEHE ZEICHNUNG .....
6. Stellung der baulichen Anlagen	..... SIEHE ZEICHNUNG .....
7. Mindestgrösse der Baugrundstücke	..... ~ 400 m <sup>2</sup> .....
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkrone Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden)	..... NACH BESONDERER EINWEISUNG .....
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	..... INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN .....
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke	..... ENTFÄLLT .....
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	..... ENTFÄLLT .....
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	..... GESAMTER GELTUNGSBEREICH .....
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist	..... ENTFÄLLT .....
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	..... ENTFÄLLT .....
15. Verkehrsflächen	..... SIEHE ZEICHNUNG .....
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen	..... NACH BESONDEREM PLAN .....
17. Versorgungsflächen	..... ENTFÄLLT .....
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	..... ENTFÄLLT .....
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	..... ENTFÄLLT .....
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe	..... ENTFÄLLT .....
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	..... ENTFÄLLT .....
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	..... ENTFÄLLT .....
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschliessungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	..... ENTFÄLLT .....
24. Flächen für Gemeinschaftstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	..... ENTFÄLLT .....
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	..... ENTFÄLLT .....
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährdern oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	..... ENTFÄLLT .....
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	..... ENTFÄLLT .....
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	..... DER VORGARTEN IST ALS ZIERGARTEN ANZULEGEN .....

Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

..... ENTFÄLLT .....

\* ZULÄSSIG SIND:

- WOHNGEBAUDE,
- DIE DER VERSORGUNG DES GEBIETES DIENENDEN LÄDEN, SCHANK-UND SPEISEWIRTSCHAFTEN SOWIE NICHT STÖRENDE HANDWERKS BETRIEBE,
- ANLAGEN FÜR KIRCHLICHE KULTURELLE SOZIALE U. GESUNDHEITLICHE ZWECKE .

F AUSNAHMSWEISE SIND ZUGELASSEN:

- SONSTIGE NICHT STÖRENDE GEWERBEBETRIEBE,
- STÄLLE FÜR KLEINTIERHALTUNG ALS ZUBEHÖR ZU KLEINSIEDLUNGEN UND LANDWIRTSCHAFTLICHEN NEBENERWERBSSTELLEN.



Festsetzung über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 213).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gem. § 9 Abs. 3 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 BBauG

1. ....
2. ....
3. ....

Planzeichen-Erläuterungen

	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende Strassen
	Geplante Strassen
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baulinie
	Ranggrenze
	Entwasserungsrichtung
	Wasserleitung
	Starkstromleitung
	Garagen
	offene Bauweise
	Geschosszahl
	Grundflächenzahl
	Geschossflächenzahl
	Reines Wohngebiet
	Allgemeines Wohngebiet

	VORGARTEN
	SCHUTZROHR WASSERLEITUNG
	KANALSCHACHT BEST.
	KANALSCHACHT GEPL.
	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
	ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
	BAUSTELLENNUMMER

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen vom 17. 11. 1969 bis zum 17. 11. 1969  
Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 11. 6. 70  
beschlossen.

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBauG genehmigt  
Saarlouis, den 21. September 1970

TV A-1-3953/70 R/L/70  
SAARLAND  
Der Minister des Innern  
- Oberste Landesbaubehörde -

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBauG wurde am 3. Oktober 1970  
ortsüblich bekanntgemacht.  
Hüttersdorf, den 5. Oktober 1970



DER LANDRAT DES LANDKREISES SAARLOUIS  
KREISBAUAMT - PLANUNGSSTELLE

GEMEINDE: HÜTTERSDORF AMISBEZIRK: SCHMELZ

BEBAUUNGSPLAN  
„SCHULWEG IM STAUDEN“

Maßstab: 1 : 500

Blatt:

Gezeichnet: Müller

Saarlouis, DEN 27. 8. 1969

Bearbeitet: Müller

Geprüft: Müller

(SCHAAR)  
KREISOBERBAURAT